

Federf.: DKP-Ratsfraktion

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Sozialausschuss	Beigeordneter/Stadtkämmerer Hommel	06.12.2005	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Antrag gemäß § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse;

hier: Antrag der DKP Ratsfraktion vom 08.11.05

Fonds des Gladbecker Bündnisses für Familie, Bildung, Zukunft:

Unverzögerlicher Einsatz der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Sehr geehrte Frau Seifert,
sehr geehrte Damen und Herren,

die DKP-Ratsfraktion Gladbeck möchte in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses über folgendes Thema diskutieren:

Fonds des Gladbecker Bündnis für Familie, Bildung, Zukunft:

Unverzögerlicher Einsatz der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel

Es ist absolut unbefriedigend und inzwischen nicht mehr hinnehmbar, dass die Gelder aus dem Fonds kurz vor Ende des Jahres erst etwa zur Hälfte verwendet sind.

Es stellt sich nun auch als sehr nachteilig heraus, dass in den Haushaltsberatungen für 2005 keine näheren Bestimmungen getroffen wurden. Die Politik hat sich um einen schwierigen Entscheidungsprozess gedrückt.

Zwar unterstützen wir unbedingt die wichtige Arbeit der Projektgruppen (Werkstätten) und die Idee an sich, dass die Bürger unserer Stadt selbst Vorschläge zur Verwendung von Geldern entwickeln, jedoch kann so offensichtlich lediglich auf langfristige Sicht gearbeitet werden.

Derartige Projektgruppen sind schon aus organisatorischen Gründen nicht in der Lage, kurzfristige Entscheidungen zu treffen, die Not sofort lindern hilft.

Es ist skandalös, dass zur Verfügung stehende Mittel wegen bürokratischer Hürden nicht dahin fließen, wo sie dringend gebraucht werden.

Für zahlreiche Problem, die zwar der Nachhaltigkeit bedürfen, sind aber kurzfristige Lösungen dringend notwendig:

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Beispiele:

- Ø zu wenige Kinderspielplätze
- Ø zu wenige Treffpunkte für Jugendliche
- Ø Kultur im Jugendbereich muss mehr gefördert werden (Bsp.: Sprayer, Proberäume,...)
- Ø Unzureichende Angebote für Kinderbetreuung (Hort, auch flexibel nutzbar in Notsituationen)
- Ø Einkommensschwache Familien brauchen finanzielle Unterstützung, um ihre Kinder in Vereine zu bringen (Beiträge und Ausrüstung)
- Ø Gewaltprävention: Projekte ausbauen (offene Jugendarbeit, Streetworker, Bauwagen, Katernberger Modell,...)
- Ø Maßnahmen zur Drogenprävention an Schulen und Jugendeinrichtungen sind unzureichend
- Ø wirkungsvolle Projekte gegen Rechtsextremismus müssen wesentlich verstärkt werden
- Ø Sprachförderung muss verstärkt werden
- Ø interkulturelle Veranstaltungen für die ganze Familie sollten gefördert werden
- Ø Weihnachtsfeiern für Kinder einkommensschwacher Familien und sozial ausgegrenzte Erwachsene und Senioren
- Ø Unterstützung der Gladbecker Tafel (Kühlwagen, geeignete Kühlräume, ortsteilbezogene Verteilungsstellen,...)
- Ø Auffangen der caritativen Einrichtungen der Paulus-Gemeinde müssen organisiert werden
- Ø Zuschüsse für Klassenfahrten und Ausflüge innerhalb des Klassenverbandes der Schulen müssen gewährt werden
- Ø Veranstaltungen für Senioren, die durch die bisherigen Angebote nicht erreicht wurden müssen ins Leben gerufen werden
- Ø Sozialer Dienst für Erwachsene ist völlig unzureichend
- Ø Notfallstellen für Bedürftige in Not fehlen ganz
- Ø Ein kommunaler Armut-Reichtum-Sozial-Bericht muss erstellt werden, um langfristig Gerechtigkeit schaffen zu können.
- Ø barrierefreie Zugänge (Fritz-Lange-Haus, Volkshochschule,...)

Die DKP-Ratsfraktion schlägt deshalb vor, neben den fünf bereits bestehenden „Werkstätten“ eine sechste „Werkstatt“, sozusagen eine „Notwerkstatt“ einzurichten.

Deren Aufgabe ist, noch nicht vergebene Gelder aus dem Fonds für das Jahr 2005 sehr kurzfristig für sozial dringende Maßnahmen zu verteilen (Endgültige Beschlussfassung durch den Haupt- und Finanzausschuss am 08.12.2005).

Dabei könnte z.B. nach folgender Prioritätenliste vorgegangen werden:

1. Menschen, die ohne Heizung, Strom, Obdach oder unzureichender Nahrung sind, werden entsprechend versorgt.
2. Fehlende Mittel zur Bildung werden bereitgestellt. (Schulbücher, Sportbekleidung, Schul-Ausflüge,...)
3. Organisation und Übernahme von Kinderbetreuungskosten einkommensschwacher Familien im Falle von Krankheit oder plötzlicher Arbeitsaufnahme.

Die Liste kann im Sozialausschuss noch erweitert werden.

Die fünf bereits eingerichteten „Werkstätten“ sollten intensiv mit ihrer Arbeit fortfahren und weiterhin finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.

Ab 15.12.05 (Ratssitzung) soll auf die im Etat 2006 festgelegten Mittel für den Fonds weiter zugegriffen werden. Dieser Haushaltsansatz sollte sich allerdings auf mehr als 650.000 € belaufen, damit die „Werkstätten“ effektiv und zielorientiert arbeiten können.

Beschlussentwurf:

Der Sozialausschuss fordert die Steuerungsgruppe auf, neben den fünf bereits bestehenden „Werkstätten“ eine sechste „Werkstatt“ einzurichten.

Diese Werkstatt ist befugt, die ihr zur freien Verfügung gestellten Gelder unbürokratisch zur Behebung von Notsituationen einzusetzen, wobei die letzte Entscheidung über die Verwendung durch den Haupt- und Finanzausschuss am 08.12.2005 zu erfolgen hat.

Freundlichst,

Angela Szczotok,
stellvertr. Mitglied im Sozialausschuss

In der Sitzung des

☒ _____-Ausschusses

☒ Rates

☒ Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: